

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/026(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 21.11.2006	J.-Bremer-Str. 8/10 - Beratungsraum	17:10Uhr	20:45Uhr

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Haushaltsplan 2007
Haushaltssatzung 2007
Finanzplan bis 2009
Stellenplan 2007
Vorlage: DS0349/06
 - 4.2 Jahresabschluss 2005 des EB SSW und Beauftragung des
Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2006 DS0435/06

- | | | |
|-----|--|-----------|
| 4.3 | Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2005 | DS0442/06 |
| 4.4 | Stellungnahme zum Prüfbericht des RPA zum Sachsen-Anhalt-Tag und Stadtjubiläum Magdeburg 12hundert | DS0465/06 |
| 5 | Anträge | |
| 5.1 | Die Arbeit der ARGE effektivieren | A0177/05 |
| 6 | Informationen | |
| 7 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frömert, Regina

Mitglieder des Gremiums

Heinemann, Klaus

Reichel, Gerhard Dr.

Schoenberner, Hilmar

Szydzick, Claudia

Ansorge, Jens

Stellvertretend für Hr. Heendorf

Sachkundige Einwohner/innen

Elschner, Helga

Meister, Olaf

Geschäftsführung

Köhls, Henriette

Verwaltung

Klapperstück, Jochen

Krafczyk, Andreas

Kittner, Heide

Pionteck, Michael

Gäste:

Herr Wellemeyer (FB 04)

Herr Ruppert (FB 04)

Herr Pfeifer (SSW)

Herr Dr. Koch (BG IV)

Frau Schweidler (Org.-Büro)

Herr Zimmermann (FB 02)

Herr Hartung (FB 02)

Herr Helm (FB 02)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Fr. Frömert eröffnet die Sitzung und stellt sich als neue Ausschussvorsitzende vor.

Die Beschlussfähigkeit wird mit anfangs 4 Ausschussmitgliedern festgestellt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

- TOP 4.2 „Eigenbetriebsgründung Theater DS 0283/06 und Nachprüfung theater magdeburg PB08/01/06 und Stellungnahme des Oberbürgermeisters“ wird **nicht öffentlich**, unter
 8. nicht öffentlich,
 - 8.1 Eigenbetriebsgründung Theater DS 0283/06 und Nachprüfung theater magdeburg PB08/01/06 und Stellungnahme des Oberbürgermeistersbehandelt.

- Die TOP der öffentlichen Beratungen werden in der Reihenfolge 4.5, 4.1, 4.4 ... beraten.

Beschluss: 4 / 0 / 0

3. Bestätigung der Niederschrift

Die Niederschrift wird bestätigt.

Beschluss: 4 / 0 / 1

4. Beschlussvorlagen

- | | | |
|------|--|-----------|
| 4.1. | Haushaltsplan 2007
Haushaltssatzung 2007
Finanzplan bis 2009
Stellenplan 2007 | DS0349/06 |
|------|--|-----------|
-

Die Ausschussvorsitzende befragt den Ausschuss, ob eine Einführung in die Thematik nötig ist bzw. ob es Fragen zum Entwurf des Hauhaltsplanes 2007 – über die Befassung in anderen Fachausschüssen hinaus - gibt.
Der RPB verneint dies.

Die Ausschussvorsitzende bittet den AL 14 um Aussagen zum VwH – EP 0, A 01, UA 01000 und zum amtsbezogenen Teil des Stellenplans. AL 14 sieht aus der GO des Stadtrates heraus keinen Befassungsgrund für den RPB, merkt aber u.a. an, dass der kw-Vermerk ab 2009 bei der Stelle AL hinterfragt werden müsste.

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|------|---|-----------|
| 4.2. | Jahresabschluss 2005 des EB SSW und Beauftragung des
Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2006 | DS0435/06 |
|------|---|-----------|
-

Der Wirtschaftsprüfer führt in den Prüfbericht des SSW ein.

Die Mitglieder des RPB fragen bzgl. der Personalbereitstellung und Ausbildung und hinterfragen den Kostenanstieg und die nicht günstige Liquidität.

Die Fragen wurden vom Wirtschaftsprüfer und Betriebsleiter beantwortet.

Beschluss: 5 / 0 / 1

- | | | |
|------|---|-----------|
| 4.3. | Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2005 | DS0442/06 |
|------|---|-----------|
-

Die Beartung wird vertagt.

Herr Helm äußert sich im Zusammenhang mit Fragen zu den PF 74 – 76 auf den Seiten 117 – 121 im Prüfbericht. Im Jahr 2005 wurden keine Bürgschaften erteilt.

Die Ausschussvorsitzende bittet zwecks zügiger Bearbeitung der Drucksache die Mitglieder in der nachfolgenden Beratung um Hinweise, zu welcher PF zur Jahresrechnung Beratungsbedarf besteht.

AL 14 führt in den Prüfbericht ein und die Prüfer/-innen geben Erläuterungen zu einzelnen Prüffeststellungen.

BG IV begründet die Stellungnahme des Oberbürgermeisters und nimmt zu einigen Prüffeststellungen Stellung.

Mitglieder des RPB fragen nach, ob es Hinweise auf strafrechtliches Verhalten gab.

AL 14 und Stellvertreter verwiesen auf den Prüfbericht. Das Festgestellt steht im Bericht. Hinweise auf strafrechtliches Verhalten wurde nicht festgestellt. Amt und Oberbürgermeister hätten in solchem Fall reagieren müssen.

Die Ausschussvorsitzende empfiehlt die Einzelberatung aller Prüffeststellungen und geht auf einzelne Positionen aus der Stellungnahme des Oberbürgermeisters ein, u.a. bezüglich der Kameralistik auf Ausführungen in der Begründung S. 3 Mitte und letzter Absatz, PF 5 und 6 u.a. Sie verweist auf die Haushaltsgrundsätze, Haushaltswahrheit und –klarheit und den Fakt, dass die Landeshauptstadt im Konsolidierungsprozess steht.

Der BG IV erläutert die Situation im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen. Er weist darauf hin, dass die Kameralistik beachtet wurde, aber Sponsoren häufig projektbezogen finanzierten.

Bemerkungen zu Prüffeststellungen im Prüfbericht zum Sachsen-Anhalt-Tag und zur 1200-Jahrfeier werden festgehalten:

- Klarstellung, dass es sich bei der Prüfung um eine „Stichprobenprüfung“ handelt. Es wurden nicht alle Belege geprüft. Der zeitliche Rahmen für solchen Prüfungsumfang war zu klein. Für die komplette Nachweisführung ist der zuständige Fachbereich des BG IV zuständig. (PF3, 4)
- Die Mehrkosten entstanden teilweise durch verursachte Schäden an Equipment, Bühnen etc., die nicht - wie angenommen - über das KGM abgerechnet werden konnten. (PF 1)

Auch durch höhere Bewirtschaftungskosten (Energieversorgung, Bewachung, Verkehrssicherung...) kam es zu Mehrausgaben.

Nicht geplant war eine Einstellung von neuem Personal im Organisationsbüro. Der Oberbürgermeister wurde aufgrund einer langfristigen Krankheit einer Mitarbeiterin gebeten, Personal zur Verfügung zu stellen - eine Mitarbeiterin wurde delegiert. (PF 17, 24)

- Die Mittel der LMG für Veranstaltungen waren bei HH-Beschluss avisiert. (PF5)
Einstellen hätte zu Haushaltsklarheit über die Einnahmesituation geführt.

- Das Rechnungsprüfungsamt konnte den Zahlungsfluss der Sponsorengelder nur teilweise prüfen. Das Organisationsbüro verfügt aber über eine Übersicht, aus der die Verwendung der Sponsorengelderverteilung ersichtlich ist. (PF 7)
Etwas mehr als 30 % sollen Mittel für freie Projekte gewesen sein, deren Zahlungsfluss nicht über Haushaltsstellen ging.

- Für den Buttonverkauf – Als Teil-Refinanzierung gedacht – wurden nur wenige Unterstützer gefunden (u.a. 1.FCM). Der Planansatz war – gemessen an der Freiwilligkeit des Erwerbs und der Größe des nicht abgegrenzten Festareals – zu hoch.

Bezüglich der Tatsache, dass die Buttons bis zum Verkaufsschluss einen Geldwert hatten, wurde der Umgang damit berechtigt hinterfragt.

Der Verkauf der Buttons an Dritte wurde dokumentiert – die Rücknahme und Vernichtung nur teilweise. (PF 8 – 13)

- Zur Nachbereitung des Sachsen-Anhalt-Tages wurde die Abschluss-Dokumentation von der Leiterin des Organisationsbüros nicht erstellt, obwohl die vertraglich vereinbarten Zuarbeiten vorgelegt wurden. (PF 18)

- Bezüglich der Vergaben führte der BG IV aus, dass aufgrund technischer Zwänge auch durch Änderungen im Verwaltungsprogramm freihändige Vergaben unumgänglich waren.

I.d. R. gab es oft nur 1 Angebot und somit auch keine Auswahl.

Auf Anfrage von Frau Szydzick an BG IV, aus welchem Grund 90 % der Aufträge freihändig vergeben worden sind, erklärte dieser, dass es sich hierbei um künstlerische Aufträge gehandelt habe, die man nicht hätte ausschreiben können.

Das Organisationsbüro sieht dies als rechtmäßig an - künstlerische Aspekte können nicht ausgeschrieben werden. (Der FB 02 bestätigt die Aussage des RPA)

Die weitere Nachfrage von Frau Szydzick an Herrn Hartung ob tatsächlich 90 % der Aufträge künstlerische Aufträge gewesen seien, wurde von diesem verneint. (PF 20)

- Die Beachtung der Haushaltsgrundsätze wird kritisch bewertet. Trotz „Deckelung“ der städtischen Ausgaben wurden üpl. Ausgaben bewilligt. Das Buchungsverfahren in Einzelpositionen wurde entgegen den Gruppierungsvorschriften vorgenommen- Verstoß gegen das Haushaltsrecht.

Die Buchung der Ausgaben als Einnahmeabgang wurde nicht, wie vom

Organisationsbüro in der Stellungnahme behauptet, mit dem RPA abgestimmt. (PF 21 – 27)

AL 14 verwies darauf, dass dies eine Änderung in der Stellungnahme erfordert.

Die Ausschussvorsitzende bat BG IV, dem Oberbürgermeister die Änderung auf Seite 14 der Stellungnahme zu PF 25 und PF 26 anzutragen.

Es wurde der Antrag gestellt, die mündlichen Ergänzungen auf von Ausschussmitgliedern gestellte Fragen in die Stellungnahme einarbeiten zu lassen.
Der Ausschuss ist hierüber geteilter Meinung.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Es erfolgt getrennte Abstimmung zum Beschlussvorschlag:

Punkt 1 Beschluss: 6 / 0 / 0

Punkt 2 Beschluss: 3 / 2 / 1

5. Anträge

5.1. Die Arbeit der ARGE effektivieren A0177/05

Die Beratung wird vertagt.

6. Informationen

7. Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert
Vorsitzende/r

Henriette Köhls
Schriftführer/in